

Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503
Fax: 0431 / 988 - 1501
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 488.10 / 06.09.2010

Energiepolitische Geisterfahrer stoppen!

Zu den Beschlüssen der Bundesregierung für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke erklärt der energiepolitische Sprecher der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, **Detlef Matthiessen**:

Es ist eine schreckliche Vorstellung: das AKW Brunsbüttel soll eine längere Laufzeit von 8 Jahren erhalten und die Atomkraftwerke Krümmel und Brokdorf sogar 14 Jahre. Allein wegen der ungelösten Entsorgungsfrage für den Atommüll ist das eine unverantwortliche und menschenfeindliche Energiepolitik. Krümmel und Brunsbüttel gelten zu Recht als Schrottreaktoren, haben sie doch bundesweit mit die geringste Verfügbarkeit.

Je älter die Atomkraftwerke werden umso größer ist ihre Störanfälligkeit. Auch kostspielige sicherheitstechnische Nachrüstungen können die grundsätzlich veraltete Technik nicht auf den neusten Stand bringen. Die Anfälligkeit der Atomkraftwerke gegen Terroranschläge mit großen Flugzeugen bleibt nach wie vor bestehen. Offenbar hat sich die Bundesregierung mit der Terror-Gefahr überhaupt nicht beschäftigt.

Schleswig-Holstein ist das Land der erneuerbaren Energien und steckt voller Chancen für die ökologische Energiewende und das kommende Solarzeitalter. Die schwerfälligen Atomkraftwerke sind nicht geeignet die fluktuierende Windenergie zu stabilisieren. Atomstrom wird die Stromnetze blockieren und so die Erneuerbaren klein halten.

Die Bundesregierung und die Stromkonzerne werden mit ihrer Strategie der Laufzeitverlängerung scheitern.

In der Bevölkerung und bei den Länderregierungen gibt es dafür keine Mehrheiten. Auf den heftigen Widerstand der Antiatomkraft-Bewegung kann sich die Bundesregierung schon mal einstellen. Wir fordern die Landesregierung von Schleswig-Holstein auf, sich gegenüber der Bundesregierung für die Zustimmungspflicht des Bundesrates bei einer Laufzeitverlängerung einzusetzen. Die energiepolitischen Geisterfahrer müssen gestoppt werden.
